



www.sdaj-berlin.de

BASTA!

No. 4/09

ZEITUNG DER SDAJ-BERLIN

SCHÜLERVERTRETUNGSWAHLEN

Was kann dein Schülervertreter für dich tun? Wir haben bei Felix vom Jean-Paul-Sattre nachgefragt.

SEITE 2

DER NPD IN DIE SUPPE SPUCKEN

Wir widerlegen 2 Wahlkampfparolen der NPD. Wer ihre Argumente kennt, kann über sie diskutieren!

SEITE 5

BUNDESTAGSWAHLEN

Warum sollten wir uns als Jugendliche, Schüler, Azubis mit ihnen beschäftigen, warum wählen?

SEITE 6

Wählt den Weg des Widerstands!

DIE DEUTSCHE BUNDESWEHR Zieht weiter in den Krieg! Deutschland trumpft als drittgrösster Rüstungsexporteur auf! Deutschland rettet mit Milliarden die Banken und Konzerne, in der Bildung werden weiter Mittel gekürzt! - Dank der Merkel-Regierung ist das alles und noch viel mehr politische Normalität.

Vor allem WIR, die Jugend, müssen immer wieder dran glauben! Doch zur Bundestagswahl am 27. September 2009 hast du, wenn du bereits wahlberechtigt bist, die Gelegenheit den Weg des Widerstandes zu wählen!

Die aktuelle Schülerzeitung BASTA! der SDAJ Berlin wird sich aber nicht nur dem Thema Bundestagswahlen 2009 widmen. Neben diesen stehen auch die SV- (Schülervertretung) Wahlen an.

Was steckt dahinter und was bedeuten beide für uns Schüler?

Hast du schon etwas über die Erfolge des Schülerstreik/Bildungsstreik 2009 gehört?

Wie ist die aktuelle Lage für Azubis? Die BRD beteiligt sich seit Jahren am Angriffskrieg gegen Afghanistan.

Wie viele deutsche Soldaten sind eigentlich in Afghanistan? Was macht die Bundeswehr an unseren Schulen? Handelt die NPD im Interesse der Jugend? ...

Auf diese Fragen und mehr findest du in der aktuellen BASTA! Diskussionsstoff und Antworten!

Lasst uns gemeinsam für unsere Rechte kämpfen! Keinen Cent den Banken und Konzernen! Keinen Menschen der Bundeswehr! Keinen Fussbreit den Faschisten!

WIR RUFEN AUF:

Wählt den Weg des Widerstandes gegen Kriegstreiber, Ausbildungs- und Arbeitsplatzkiller, Neofaschisten und Konzerne!



BASTA! FRAGT NACH

Am 12. Juli haben mehr als 27.000 Schüler in Berlin am bundesweiten Bildungsstreik teilgenommen. Felix, hat den die Bildungsstreiks eigentlich auch Einfluss auf die Rolle der Schülervertreter in der Schule?

„Zu großen Teilen schon, da die Schülervertretungen sich zum ersten Mal mit einem größeren bildungspolitischen Thema auseinandersetzen mussten und sich über ihre Aufgaben als Interessenvertretung in der Schule bewusst wurden.“

Eigentlich nimmt man Klassensprecher als die Personen wahr, die immer an den Vertretungsplan oder ins Sekretariat rennen müssen. Wie sehen denn die Aufgaben eines Klassensprechers aus?

„Zum einen liegt die Aufgabe eines Klassensprechers im Austausch mit dem jeweiligen Lehrer, denn bei Problemen mit Lehrern sollte immer der Schülervertreter die erste Anlaufstelle sein. Die anderen Aufgaben liegen eher in der Interessenvertretung z.B. in der Klassensprecherversammlung. Hier sollten sich alle Klassensprecher mit allgemeinen Themen, die die Schule und die Schülerschaft betreffen beschäftigen. Außerdem muss ein ständiger Informationsfluss zwischen Schülervertretung und Schülerschaft z.B. durch die Klassensprecherstunden gewährleistet sein.“

Gibt es denn noch weitere Versammlungen in denen Klassensprecher mit arbeiten können und was haben Klassensprecher dort für Rechte?

„Oh ja, es gibt eine Vielzahl von Versammlungen in denen Klassensprecher das Geschehen an ihrer Schule beeinflussen können. Die wichtigste ist jedoch die Schulkonferenz, in der Klassensprecher genau wie Eltern- und Lehrervertreter über den Schulhaushalt abstimmen dürfen und in der auch sonst die wichtigsten Entscheidungen getroffen werden. Eine gute Schülervertretung kann so die Situation an der jeweiligen Schule zu Gunsten der Schülerschaft verändern. Das geht nur, wenn man in den Klassen die Schüler wählt, die sich am meisten für die Interessen der Schülerschaft einsetzen.“

Bundestagswahlen und Schule?

DER 27. SEPTEMBER 2009 WIRD ZUM STICHTAG FÜR ALLE GROSSEN PARTEIEN. DIE BUNDESTAGSWAHLEN RÜCKEN NÄHER UND ALLE POLITIKER BEGEBEN SICH AUF STIMMENFANG.

Meist wird jedoch nicht darüber gesprochen die Bildung zu verbessern oder die Schule angenehmer zu gestalten. Wir haben uns also gefragt, was bedeuten diese Bundestagswahlen für uns Schüler?

Alle Parteien haben einen Teil in ihrem Wahlprogramm über dem ganz dick Bildung steht und einige Parteien werben auch damit. Konzepte lassen aber noch auf sich warten. Eine Idee könnte natürlich sein mehr Lehrer einzustellen und die Klassen zu verkleinern, außerdem wäre Lehrmittelfreiheit und die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems weitere Ansätze. Aber ehe die großen Parteien sich dazu hinreißen lassen vergeht wohl noch sehr viel Zeit.

Die CDU drängt auf die Beibehaltung des mehrgliedrigen Schulsystems und die SPD hat es mit der Einführung der Restschule in Berlin geschafft, das Schulsystem noch mehr auf Elitförderung auszurichten.

Konkret hatte sich nach den letzten Bundestagswahlen im Jahr 2005 nichts für Berliner Schüler verbessert. Damals war Bildung eines der Wahlkampfthemen und noch heute haben wir damit zu kämpfen, dass der Rot-rote Senat immer mehr an der Bildung spart. Für uns Schüler hat sich grundsätzlich nichts verändert und es stellt sich die Frage, wird es nach dieser Bundestagswahl anders sein?

Wir sagen: NEIN! Es wird sich nichts ändern. Die großen Parteien werden wieder Vorschläge ohne Hand und Fuß diskutieren und das Bildungssystem wird immer schlechter. Die Bildungsstreiks haben gezeigt, dass wir selbst auf die Straße gehen müssen um für unsere Recht auf freie Bildung für Alle zu kämpfen. Sie werden das Bildungssystem nicht zu unseren Gunsten verändern.

WIR RUFEN AUF: Wählt den Weg des Widerstandes für mehr Lehrer, kleinere Klassen und kostenlose Lehrmittel!

Reichlich heiße Luft

PARTEIENREAKTION AUF BILDUNGSSTREIK ZEIGT: RECHTE MÜSSEN WIR UNS ERKÄMPFEN

Bundesweit 270.000 Schüler und Studenten gingen im Juni auf die Straße, um für bessere Bildung zu demonstrieren. Als Reaktion darauf beantragte „Die Linke“ im Bundestag eine aktuelle Stunde zum Thema Bildungsstreik. Einigkeit herrschte darüber, dass man die Anliegen der Streikenden ernst nehmen wolle. Das Engagement der Streikenden für ihre Rechte zu kämpfen wurde - nach jahrelangem Bildungsabbau und kurz vor der Wahl - gar gelobt. Lediglich CDU/CSU blieben sich treu und fabulierten, die Streikenden hätten sich nur einen freien Tag machen wollen und viele ihrer Forderungen seien unbegründet.

Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) fand die aktuelle Stunde offenbar nicht so wichtig und fehlte,

nahm dann aber gut drei Wochen später doch an einer Konferenz mit Vertretern von Hochschulgruppen teil, wo sie mit mehr als wagen Zusagen für eine Reformierung der Bachelor Studiengänge zu punkten versuchte. Mehr als heiße Luft kam also bei aller vorgetäuschter Politikerregsamkeit nicht heraus.

Die Studenten in Potsdam haben sich aber in ihrer Streikwoche einen konkreter Erfolg erkämpft: Ihre Uni hat die Abschaffung der pauschalen Master-Zulassungsbeschränkungen, sowie die Abschaffung von Anwesenheitslisten beschlossen. Dies Beispiel zeigt, dass wir weiterhin selbst anpacken müssen und uns nicht von Politikern im Wahlkampfieber mit Versprechungen abspesen lassen, die nach der Wahl sofort vergessen werden.

AUSBILDUNG: UNTERNEHMEN IN DIE PFLICHT!

SUCHST NACH DER SCHULE IN BERLIN-BRANDENBURG EINEN AUSBILDUNGSPLATZ DANN SIND DEINE CHANCEN, AUCH EINEN ZU ERGATTERN, NICHT GERADE ROSIG! SO GINGEN IM JAHR 2008 ALLEIN 24% DER SUCHENDEN LEER AUS. GERADE MAL 50% DER SUCHENDEN SIND TATSÄCHLICH IN EINEM BETRIEB, WÄHREND DIE ANDEREN EINE REIN SCHULISCHE AUSBILDUNG BEGINNEN.

Politiker und Unternehmer wollen uns einreden, dass die abgehenden Schüler eben zu dumm für die Betriebe seien. Fakt ist jedoch, dass nicht genug Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen!

Warum?

Weil laut dem Bundesverfassungsgericht die Verantwortung für ein ausreichendes Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen bei den Unternehmen liegt. Dass das im kapitalistischen System mit Sparzwang und Nachmir-die-Sintflut-Mentalität nur in die Hose gehen kann, hat sich vor allem im letzten Jahrzehnt gezeigt: Auf dem Ausbildungsmarkt klafft eine riesige Lücke zwischen Angebot und Nachfrage. So gingen im August 2007 bundesweit ca. 300 000 Jugendliche leer aus.

Ausbildungspakt = Augenwischerei

Die Bundesregierung beschloss daraufhin im Jahr 2004 sich doch „einzumischen“ und hat deutschen Wirtschaftsverbänden ein Versprechen zu Steigerung der Ausbildungsplatzangebote abgerungen. Dieser sogenannte „Ausbildungspakt“ hat nicht viel verändert: Es bilden laut DGB immer noch nur ca. 23% der Betriebe aus. Es gibt immer noch die große Lücke zwischen Ausbildungsplätzen und Bewerben.

Taten statt Versprechen!

Um ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot mit der Möglichkeit einer Berufswahl zu erreichen werden laut Bundesverfassungsgericht für 100 Bewerber 112 Ausbildungsplätze benötigt:

Zur Umsetzung fordern wir:

Wer nicht ausbildet, muss zahlen: Eine gesetzliche Umlagefinanzierung muss her: Unternehmen die Nicht ausbilden, müssen mehr zahlen als sie die Ausbildungen kosten würde.

Warteschleifen abschaffen: Berufsvorbereitende Jahre und unvergütete vollschulische Ausbildungen sind weder eine Alternative noch eine Perspektive. Die Millionen die jährlich dafür ausgegeben werden, sollten lieber in Ausbildungsplätze investiert werden

Übernahme im erlernten Beruf: Weil Betriebe nicht verpflichtet sind ihre Azubis nach der Ausbildung auch weiter zu beschäftigen, müssen sich viele, die einen Ausbildungsplatz ergattern konnten doch wieder beim Jobcenter anstellen. Die Tatsache das manche Betriebe nur Azubis einstellen um 3 Jahre lang eine billige Arbeitskraft zu haben, wird dadurch erst ermöglicht.

KILLERMASCHINE

BUNDESWEHR

Seit dem 07. Oktober 2001 beteiligt sich die BRD am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Afghanistan mit inzwischen mehr als 3500 Soldaten. Dabei verwickelt sich die Bundeswehr Schritt-für-Schritt immer weiter in den Krieg und hat mit Tornadoeinsätzen, QRF (Quick Reaction Force - Schnelle Eingreif Truppe) und der Option zur Entsendung von bis zu 4500 Soldaten einen Großteil der „militärischen Verantwortung“ übernommen. Es geht aber nicht um Menschenrechte oder humanitäre Hilfe. Selbst die konservative Medien bringt es auf den Punkt: „Deutschland leistet seinen Beitrag zur Aufrechterhaltung der herrschenden Weltordnung, von der es profitiert wie wenig andere Länder.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung)

Für diesen Krieg benötigt die Bundeswehr unentwegt neues Kanonenfutter und rührt daher, besonders an Schulen und Ausbildungsstätten, kräftig die Werbetrommel für den Soldatenberuf. Da viele von uns nach Schulabschluss oder Ausbildung Angst vor Hartz IV oder Warteschleifen haben müssen, gewinnt die Bundeswehr mit Slogans wie „Du suchst Zukunft? Wir bieten sie!“ immer mehr Bedeutung als staatlicher Ausbilder. Sichere, gut bezahlte Arbeits- und Studienplätze werden uns versprochen. Doch dass wir zu Killermaschinen herangezüchtet werden sollen, die die menschenverachtende Kriegspolitik der BRD voranzutreiben haben, wird totgeschwiegen. Ebenso reden die Jugendoffiziere nicht gerne über die 30 deutschen Soldaten, die in Afghanistan bisher ihr Leben lassen mussten, oder die Zahl der Opfer auf afghanischer Seite, die in die Tausende geht.

Damit finden wir uns nicht ab:

Bundeswehr raus aus Afghanistan!

Bundeswehr raus aus unseren Schulen!

**RETTET DIE BILDUNG -
NICHT DIE BANKEN UND KONZERNE!**

BildungsRatschlag
3./4. Oktober // Frankfurt (Main)
DGB-Jugendclub -
Workshops > Vorträge > Filme > Party gegen die
Bildungskiller!

LUFTBRÜCKE RETTET 2 MIO. MENSCHEN VOR DEM VERHUNGERN

Des öfteren hörte man in der letzten Zeit, dass das Wissen der Schüler über die DDR erschreckend gering sei. Die DDR würde gerade im Osten viel zu unkritisch gesehen. Dabei beziehen diese Schüler ihr Wissen aus den Erzählungen von Verwandten wie Eltern oder Großeltern. Quasi aus erster Hand. Es wird also behauptet, dass Menschen, die die DDR nur aus Büchern und Gerüchten kennen klüger sind als die, die einen großen Teil ihres Lebens im Osten verbracht haben. Was es dabei mit den gängigen Argumenten auf sich hat, wollen wir hier und in den folgenden BASTA!s unter die Lupe nehmen.

In den Schulbüchern wird die Blockade Westberlins in der Regel als totale Abschottung beschrieben. Die Blockade galt jedoch nur für bestimmte Waren. Der allgemeine Güterzugverkehr viel nicht unter die am 19. Juni 1948 erlassenen Einschränkungen der sowjetischen Verwaltung. Die

Menschen konnten sich problemlos mit Nahrung und Heizmaterial versorgen. Weiterhin konnten sie Lebensmittelkarten beziehen und gegen Essen eintauschen. Es wurden 100.000 Tonnen Weizen und entsprechende Mengen anderer Lebensmittel zur Verfügung gestellt. All dies wurde von den Westmächten ignoriert oder abgelehnt.

Die Tagesleistung der Flugzeuge lag bei 4.500 Tonnen, während bei der Versorgung der 2 Millionen Westberliner eine Tagesleistung von 20.000 Tonnen nötig gewesen wären. Diese Zahlen Belegen, dass die Westberliner zu keiner Zeit durch die Luftbrücke vor dem Verhungern gerettet werden mussten.

Gehen wir kurz ein wenig tiefer in die Materie. In der DDR waren alle Grundnahrungsmittel subventioniert und unterlagen einer Preiskontrolle. Niemand musste hun-

gern, alle konnten sich ausreichend zu Essen leisten, auch mittags in der Schule. Im Gegensatz dazu haben wir in der BRD einen immer weiteren Anstieg der Kinderarmut, was oftmals bedeutet ohne Essen zur Schule zu gehen und auch keine Kohle für Mittagessen zu haben.

Die zunehmende Hetze gegen die DDR in den letzten Jahren bestätigt den Sozialismus als eine ernsthafte Alternative zum kapitalistischen Raubzug gegen den Menschen. Das wissen die Herrschenden nur zu gut und werden keine Gelegenheit auslassen die DDR in den Dreck zu ziehen.



Süßigkeiten

Rosinen

DER NPD IN DIE SUPPE SPUCKEN GEGEN ARGUMENTE KENNEN

Bei den Wahlen zu den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) 2006 konnte die NPD einen hohen Stimmenanteil verbuchen. Die Ausrichtung der NPD gegenüber Jugendlichen besteht vor allem darin, sich im scheinbaren Gegensatz zu den etablierten Parteien als „Systemopposition“ darzustellen. Jugendliche, die sich fragen, warum sie keinen Ausbildungsplatz finden oder keinen Schulabschluss geschafft haben, bietet die NPD einfache wie falsche Erklärungen. Mit zwei NPD-Parolen des kommenden Bundestagswahlkampfes wollen wir uns hier auseinandersetzen.

Die NPD fordert: „Arbeit zuerst für Deutsche“

Würde diese Forderung umgesetzt, gäbe es eine weitere besonders benachteiligte Gruppe von Menschen, die von regulärer Arbeit ausgeschlossen wäre. Dies würde einzig und allein den Unternehmern nutzen: Durch das Verbot normaler Arbeit für „Nicht-Deut-

sche“ wären diese Menschen gezwungen illegal für weit weniger Lohn zu arbeiten um wenigstens etwas zu Essen auf dem Tisch zu haben. Dieser „Billiglohnsektor“ würde auf die Löhne der anderen Beschäftigten drücken und so weniger Lohn für alle bedeuten. Die NPD handelt somit im Interesse der Unternehmen und nicht im Interesse der deutschen Arbeiter und Auszubildenden. Nicht ausländische Kollegen sind das Problem, sondern dass das Kapital immer mehr Arbeitsplätze abbaut.

Wir fordern:
GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT!

Die NPD fordert: „Heimreise statt Einreise“

Nach dem 2. Weltkrieg fehlten der BRD vor allem männliche Arbeiter. Um dennoch genügend Profit zu erwirtschaften wurden aus ganz Europa Menschen in die BRD geholt um hier zu arbeiten. Nur durch diese Maßnah-

me war es dem deutschen Bürgertum möglich wieder Profite im Weltmaßstab zu erreichen. Schon damals war dem deutschen Kapital klar, dass es zwar billige Arbeitskräfte braucht, für die soziale Absicherung von ihnen und ihren Kindern und Enkeln wollen sie jedoch nicht aufkommen. Die fortschreitende Erschwerung von Einwanderung und somit eins der härtesten Einwanderungs- und Asylrecht der Welt zeigen das.

Das Problem ist nicht, dass es zu viele Einwanderer gibt. Nach offiziellen Zahlen sind im Jahr 2008 403.000 Personen in die BRD ein- und etwa 308.000 ausgewandert. Das Problem besteht darin, dass das Kapital immer mehr Arbeitsplätze abbaut. Eine tatsächliche Möglichkeit mehr Arbeitsplätze zu schaffen, wäre die Arbeitszeit zu verkürzen, denn dann bräuchten die Unternehmer mehr Arbeiter, um dasselbe Produkt herzustellen. Produktiv genug sind wir.

Wir fordern:
EINE GESELLSCHAFT AUF DER GRUNDLAGE VON SOLIDARITÄT, IN DER HERKUNFT, RELIGION, GESCHLECHT ODER SEXUELLE ORIENTIERUNG NICHT WENIGER CHANCEN BEDEUTEN! ARBEITSZEIT-VERKÜRZUNG BEI VOLLEM LOHNAUSGLEICH!

KOMMUNISTISCH WÄHLEN?!

Die Bundestagswahlen rücken unaufhaltsam näher, überall werden Prognosen abgegeben, in den Schulen werden „Probewahlen“ durchgeführt und so manch einer fragt sich: Wen soll/würde ich eigentlich wählen?

Unsere Empfehlung: die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Warum?

Der Kapitalismus zeigt gerade in diesen Zeiten wie unfähig er ist, Lösungen für die Probleme der Menschen zu bieten. Der Bildungsabbau wird immer weiter vorangetrieben, während das Geld in die Rüstung und in die Banken ununterbrochen fließt.

Gerade in der Krise ist es nötig, dass eine konsequent marxistische Partei in die Öffentlichkeit tritt und Antworten und Lösungen bietet, die über den Kapitalismus hinaus reichen.

Wir haben Rainer Perschewski gebeten, einige Fragen für uns zu beantworten. Er ist Landesvorsitzende der DKP Berlin, Spitzenkandidat der Berliner Landesliste und Direktkandidat für Neukölln.

Was ist die DKP und wofür steht sie?

Als kommunistische Partei will die DKP eine sozialistische Gesellschaft aufbauen. Ursache vieler Probleme im Kapitalismus ist das Privateigentum an Produktionsmit-

teln und das daraus folgende Profitstreben. Soziale Gerechtigkeit lässt sich unter diesem Vorzeichen nicht absichern.

Die DKP tritt ja in Berlin zu den Bundestagswahlen an. Was bedeuten Wahlen für eine Kommunistische Partei?

Wahlen sind für uns ein Gradmesser für den Bewusstseinsstand in der Bevölkerung. Aber zunächst einmal sind Wahlkampfzeiten immer eine gute Möglichkeit für die eigene Position zu werben, da doch eine erhöhte Aufmerksamkeit zu verzeichnen ist.

Wie ist die Liste aufgestellt?

Wir haben uns bemüht die DKP Berlin in ihrer Vielschichtigkeit darzustellen. In der Öffentlichkeit wird immer so getan als wäre die Kommunistische Partei ein Haufen von älteren Menschen. Das trifft für Berlin nicht zu. Gewerkschafter, Rentner, Erwerbslose und auch Mitglieder der SDAJ sind auf der Liste vertreten. Menschen, die in Berlin arbeiten und wirken und sich mit den Problemen auskennen.



Rainer Perschewski ist Landesvorsitzender der DKP in Berlin

Die Wahlen fallen in die Zeit der größten kapitalistischen Krise seit der von 1929. Welchen Lösungsweg kann die DKP aufzeigen aus der Krise raus zu kommen?

Ihr habt eben das Stichwort gegeben: Es ist eine kapitalistische Krise und hier ist die Ursache und Lösung zugleich. Der Kapitalismus führt zwangsläufig aufgrund seiner Funktionsweisen zu Krisen. Das bestreitet auch eigentlich keiner. In den letzten Jahrzehnten wurde aber so getan, als wäre ein Crash wie 1929 nicht mehr möglich. Die Verursacher sind daher angeblich böse Banker und Finanzinvestoren, welche „Immobilienblasen“ geschaffen und sich damit verspekuliert haben. Die Banker aber können hier nur als Auslöser bezeichnet werden. Das kapitalistische System besteht aus nichts anderem als einer großen Spekulation. Ein Unternehmen spekuliert darauf, dass sei-

ne einzelbetrieblich geplante Produktion abgesetzt wird. Eine Bank spekuliert darauf, dass der vergebene Kredit zurückgezahlt wird. Ein Aktionär spekuliert darauf, dass ein Unternehmen wächst und mehr Dividende zahlt. Die Liste ließe sich fortsetzen. Haupttreiber ist immer die Jagd nach höherer Rendite. Die Lösung kann nur eine sozialistische Gesellschaft sein, wie ich eben schon zu den Zielen der DKP deutlich gemacht habe.

Seit einiger Zeit beobachten wir das Erstarren der Faschisten. Wie steht ihr dazu und was tut ihr dagegen?

Faschistische Kräfte haben die Funktion von den Krisenverursachern abzulenken und die Werktätigen durch ihre rassistische Hetze zu spalten, um einen gemeinsamen Widerstand zu verhindern. Faschisten wie NPD oder so genannte „autonome Nationalisten“ nutzen die Bereitschaft vor allem von Jugendlichen sich zu wehren und nutzen dabei scheinrevolutionäre Forderungen. Wir versuchen uns ihnen in den Weg zu stellen und die Öffentlich-

keit auf ihre wahren Ziele aufmerksam zu machen. Viele Genossinnen und Genossen aus dem antifaschistischen Widerstand gehören zur kommunistischen Partei. Ihr Andenken und Erbe zu bewahren ist unsere Pflicht zum Widerstand gegen den Neofaschismus.

Welche Forderungen speziell für die Jugend stellt die DKP auf?

Wir sind der Meinung, dass jedem Jugendlichen die Möglichkeit gegeben werden muss am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Das geht nur mit einer entsprechenden Ausbildung. Das fängt im Kindergarten an, geht über die Schule weiter zum Arbeitsleben. Wir fordern bspw. betriebliche Ausbildungsplätze für Jeden und die unbefristete Übernahme im erlernten Beruf.

Wir wünschen der DKP viel Erfolg bei den Wahlen.



WER WIR SIND & WAS WIR WOLLEN

Täglich wird Dir eingetrichtert, dass Du zu faul oder unflexibel bist, wenn Du in der Schule auf der Strecke bleibst, bei der Ausbildungsplatzvergabe leer ausgehst oder von Deinem Chef auf die Straße gesetzt wirst. Wir aber haben es satt, dass die Banken & Konzerne immer fettere Gewinne einfahren, während uns das Recht auf Arbeit und Ausbildung verweigert wird. Wir sehen nicht ein, warum der Staat Milliarden in die Rüstung pumpt, während wir auf Jugendzentren, Lernmittelfreiheit und Studium verzichten müssen. Wir wollen keine 1-Euro-Jobber und auch kein Kanonenfutter für die Bundeswehr sein. Und wir lassen uns nicht länger erzählen, dass SozialhilfeempfängerInnen oder AusländerInnen für die um sich greifende Armut in diesem Land verantwortlich sind. Wir – SchülerInnen, Azubis, junge ArbeiterInnen und Angestellte – haben uns deshalb in der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend organisiert. Dabei eint uns nicht nur der tagespolitische Kampf, sondern auch die Einsicht, dass die Missstände nur dauerhaft überwunden werden können, wenn wir mit der jetzigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung brechen. Stattdessen treten wir für eine sozialistische Gesellschaft ein, in der die arbeitenden Menschen – und nicht eine handvoll Kapitalisten – über den von ihnen geschaffenen Reichtum entscheiden.

DAZU BRAUCHEN WIR AUCH DICH – MACH MIT IN DER SDAJ!

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN Sozialistische

Deutsche Arbeiterjugend

Landesverband Berlin/Brandenburg

V.i.S.d.P. O. Benario, Franz-Mehringplatz 1, Berlin

AUFLAGE 2.500

DRUCK Eigendruck

SATZ utah

BASTA! ist eine SchülerInnenzeitung. VerteilerInnen sind nicht für den Inhalt verantwortlich.

NÄCHSTE AUSGABE November 2009

REDAKTIONSSCHLUSS 17.10.09

KONKRETER KONTAKT

SDAJ–Berlin – Franz–Mehring–Platz 1 – 10243 Berlin

www.sdaj-berlin.de info@sdaj-berlin.de

offenes Gruppentreffen _Jeden Dienstag

_19.00 Uhr_Chile–Freundschaftsgesellschaft

_Jonasstr. 29, U–Hermannstr.

WARUM WÄHLEN?

Diese Frage drängt sich auf, denn unsere Lebensumstände haben sich trotz ständiger Regierungswechsel nicht verbessert. Im Gegenteil: Mit Hartz IV, massiven Kürzungen im Gesundheitssystem oder den Auslandseinsätzen der Bundeswehr verschlechtern die Herrschenden, egal welcher Partei, unsere Lage immer weiter.

Gesundheit für Reiche?

Die Entwicklung im Gesundheitssystem zeigt einen klaren Trend: Medizin nur für Reiche. Der Rest soll sehen, wo er bleibt.

So sorgen 10 € Praxisgebühr dafür, dass „der kleine Mann“ sich zwei Mal überlegt, ob er sich den Gang zum Arzt leisten kann, der Einheitssatz der Krankenversicherungen entlastet die Reichen auf Kosten der Geringverdiener und die Privatisierung der Krankenhäuser sorgt dafür, dass dort Personal und wichtige Geräte fehlen. Damit finden wir uns nicht ab, wir fordern kostenlose Gesundheitsversorgung für alle!

Kein Geld für gute Arbeit?

Die Jobsituation ist mies. Kurzarbeit, Ein-Euro-Jobs, Leiharbeit und Warteschleifen tauchen in der Arbeitslosenstatistik nicht auf. Dabei leben neben den Arbeitslosen auch viele von uns am Existenzminimum, die einen Job haben. Wenn Steinmeier von Vollbeschäftigung spricht, vergisst er dabei eins: Wir wollen nicht nur arbeiten, sondern auch gutes Geld dafür!

Banken statt Bildung?

Als Folge der Krise wurden Milliarden in die Rettung der Finanzriesen gesteckt, damit diese weiter Misswirtschaft betreiben können. Gleichzeitig wollen uns die Herrschenden aber weismachen, dass wir überfüllte Klassen, marode Schulgebäude und teure Bücher aufgrund der finanziellen Lage hinnehmen müssen. Das stinkt gewaltig! Wir opfern unsere Bildung nicht für die Deutsche Bank und Co.

Krieg in Afghanistan?

Unlängst haben es auch Angehörige der Bundeswehr festgestellt: Der Krieg in Afghanistan dauert bereits länger als der zweite Weltkrieg und fordert von Tag zu Tag mehr Opfer. Die Chancen auf ein friedliches Ende sinken und die Rüstungsausgaben gehen zu Lasten von allen: Mit dem jährlichen Krieg-

setat für Afghanistan von ~500 Mio. Euro könnte man mehr als 1300 Lehrer 10 Jahre lang beschäftigen!

Wählt DKP!

Dies alles sind gute Gründe wählen zu gehen, aber warum eine Partei wählen, die klein ist und kaum Chancen hat in den Bundestag einzuziehen? Andere Parteien vertreten, sobald sie in Regierungsverantwortung kommen, alles, nur nicht unsere Interessen. Kaum im Parlament, schon machen sie den gleichen Scheiß wie alle anderen. So hilft die Linkspartei kräftig mit, Antifablockaden brutal von der Polizei auseinanderkloppen zu lassen, steht auf Beschäftigung von Ein-Euro-Jobbern und findet es daneben, sich an Tarifvereinbarungen zu halten.

Die Geschichte zeigt's

Die Kommunistische Partei jedoch hat in der Zeit ihres Bestehens in entscheidenden Momenten gezeigt, auf wessen Seite sie steht: 1914 stimmte der Kommunist Karl Liebknecht als einziger Abgeordnete gegen die Kriegskredite, die den 1. Weltkrieg erst ermöglichten. Auch machte die KP 1932 deutlich: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler. Wer Hitler wählt, wählt den Krieg.“ Tausende Genossen zahlten für ihr Engagement gegen die Faschisten mit ihrem Leben.

Und auch heute weiß die DKP, wessen Interessen sie vertreten will: Die der Arbeiterklasse, die der Jugend. So fordert sie betriebliche Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen und eine unbefristete Übernahme im erlernten Beruf. Sie fordert ein sofortiges Investitionsprogramm für die Bildung, eine Schule für alle, mit kleineren Klassen und mehr Lehrern. Sie fordert eine deutliche Absenkung der Mieten und bezahlbare Bus- und Bahntickets für alle. Und nicht zuletzt kämpft die DKP gegen Krieg, Rassismus und Faschismus.

Genau wie wir weiß die DKP, dass solche Forderungen nicht allein im Parlament erkämpft werden können. Darum arbeitet sie in lokalen und bundesweiten Bündnissen und will ihre Arbeit im Parlament auf die Unterstützung von Kämpfen in Betrieben, Schulen und Universitäten ausrichten.

So sieht Politik in unserem Interesse aus. Darum: DKP wählen!